

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten  
– Drucksache 15/5000 –**

**Jahresbericht 2004 (46. Bericht)**

**A. Problem**

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

**B. Lösung**

**Einstimmige Kenntnisnahme des Berichts**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 1. Juli 2006 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 15. Februar 2006

### Der Verteidigungsausschuss

**Ulrike Merten**  
Vorsitzende

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

**Hedi Wegener**  
Berichterstatterin

**Elke Hoff**  
Berichterstatterin

**Paul Schäfer (Köln)**  
Berichterstatter

**Winfried Nachtwei**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Hedi Wegener, Elke Hoff, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

### I. Zum Beratungsverfahren

Der Wehrbeauftragte hat den nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 2004 am 15. März 2005 vorgelegt.

In der 12. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Januar 2006 wurde dieser Bericht an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht in seiner 7. Sitzung am 15. Februar 2006 beraten und der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

### II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Seitens der Berichterstatterin der **Fraktion der CDU/CSU** wird hervorgehoben, dass mögliche Erweiterungen von Auslandseinsätzen in der Truppe kritisch gesehen würden. Dies gelte insbesondere für Spezialisten, die keinen Spielraum für weitere Einsätze sehen würden. Viele Eingaben würden eine undurchsichtige Beförderungssituation in der Truppe erkennen lassen. Das innere Gefüge der Streitkräfte dürfe insofern keinen Schaden nehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Soldatenberuf zu verbessern, sei insbesondere das Soldatengleichstellungsdurchsetzungsgesetz ein wichtiger Schritt. Neben einer professionellen Familienbetreuung durch die Familienbetreuungsstellen müsse auch der sozialen Absicherung von Soldaten im Einsatz und deren Angehörigen in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Das Einsatzversorgungsgesetz leiste hierzu einen entscheidenden Beitrag. Der gemeinsame Dienst von Soldatinnen und Soldaten sei weitgehend Normalität, was einzelne Probleme nicht ausschließe. Fraglich bleibe, wie angesichts der schwierigen Beförderungssituation das Prinzip der Förderung von Frauen bei gleicher Qualifikation in der Truppe bewertet werde. Es bleibe festzuhalten, dass durch die Transformation der Bundeswehr ein enormer Anpassungsdruck auf die Soldaten und ihre Angehörigen ausgeübt werde und dass die Belastung durch laufende Auslandseinsätze unverändert hoch sei. Elementar seien eine optimale Schutzausstattung im Einsatz, ein gerechteres Laufbahnsystem, eine angemessene Besoldungsstruktur, eine professionelle Familienbetreuung und eine verbesserte soziale Ab-

sicherung. Der Wehrbeauftragte leiste als effektives Frühwarnsystem dazu seinen Beitrag.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der SPD** stellt fest, dass die Integration von Soldatinnen in die Bundeswehr gelungen sei. Gelegentliche Klagen sollten nicht überbewertet werden, gravierende Probleme müssten aber zur Sprache gebracht werden. Ganz wesentlich seien die Vorbereitung und die Nachbereitung von Auslandseinsätzen. Insbesondere sollte man sich dem Problem der Nachbereitung der Einsätze von Reservisten zuwenden. In diesem Zusammenhang spiele auch das Rahmenkonzept zur Bewältigung psychischer Belastungen eine große Rolle. Vor allem sei es wichtig, dass im Auslandseinsatz erfahrene Reservisten eingesetzt würden.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der FDP** dankt dem Wehrbeauftragten und dessen Mitarbeitern. Wichtig sei es, gerade im Bereich des Besoldungsrechts im Hinblick auf die Steigerung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften für die Soldatinnen und Soldaten noch einiges auf den Weg zu bringen. Auch den Bereich der betrieblichen Altersvorsorge dürfe man nicht vernachlässigen. Insgesamt müsse man die Sorgen und Nöte der Soldatinnen und Soldaten ernst nehmen, weil sie Ausdruck der Gemütslage einer Armee seien, die sich in der Transformation befinde.

Der Berichterstatter der **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass das Amt des Wehrbeauftragten eine wichtige, zentrale Einrichtung des Parlaments sei, die nach Möglichkeit auch unterstützt werden sollte. Wichtig sei, dass man noch einmal über die Ergebnisse und Maßnahmen debattiere, über die die Bundesregierung demnächst berichten werde.

Seitens des Berichterstatters der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird ausgeführt, dass man aus der Truppe höre, dass die relativ kurze Stehzeit von 36 Monaten bei Kommandeuren gelegentlich das Entstehen eines Vertrauensverhältnisses erschweren würde. Zu begrüßen sei es, dass krasse Infrastrukturmängel in einzelnen Kasernen behoben worden seien. Die Rahmenbedingungen für Auslandseinsätze müssten noch verbessert werden, gerade im Hinblick auf die Häufigkeit der Einsätze von Spezialisten. Die Zahl von nur noch 79 600 Grundwehrdienstleistenden beweise, dass von der Wehrpflicht nicht mehr als einer gleich belastenden Pflicht gesprochen werden könne. Dennoch gebe es auch hier immer wieder Klagen über „Gammeldienst“.

Berlin, den 10. März 2006

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

**Hedi Wegener**  
Berichterstatterin

**Elke Hoff**  
Berichterstatterin

**Paul Schäfer (Köln)**  
Berichterstatter

**Winfried Nachtwei**  
Berichterstatter

